

**Das Lebenshaus e.V.**  
**Regionale Nierenkrebs-Patientengruppe**  
**Rhein-Neckar**  
**Jan Fischer (Patientenkontakt)**  
**Wetterbergstraße 22**  
**D-64757 Rothenberg**

**1. Werden sie die Zulassung (bzw. Finanzierung) weiterer sogenannter Targeted Therapies (Zielgerichtete Medikamente, z.B.: Sutent, Inlyta) für das Nierenzellkarzinom in metastiertem Stadium zur palliativen Therapie unterstützen?**

**2. Befürworten sie die Aufnahme von Radiochirurgie (z.B. Cyberknive) in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen?**

in beiden Fällen handelt sich um medizinische Fragestellungen, die nicht von politischen Parteien beantwortet werden sollten. Die Prüfung über den Nutzen einer Therapie und deren Zulassung obliegt dem gemeinsamen Bundesausschuss in Zusammenarbeit mit dem IQWiG. Die Vorlage unabhängiger wissenschaftlicher Studien zur Wirksamkeit sehen wir als zwingende Voraussetzung für die Anerkennung zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen.

**3. Gibt es in ihrer Partei eine Diskussion über die Finanzierbarkeit eines weiteren Lebensjahres bei onkologischen Erkrankungen, ohne die Aussicht auf eine Heilung des Patienten (ethisch-ökonomisch-medizinisch)? Wie ist ihr derzeitige Standpunkt?**

Die Piratenpartei setzt sich für eine Förderung der palliativen Versorgung von Menschen in ihrem Lebensumfeld ein. Die Festlegungen im so genannten Nikolaus-Urteil stehen nicht zur Diskussion. Die im angelsächsischen Raum geführte Diskussion von so genannten QUALYS hat im deutschen Gesundheitssystem, auch aus historischen Gründen, keinen Raum.

**4. Wie sehen sie die Rolle der Selbsthilfe in der Landschaft der medizinischen Versorgung? Welche Aufgaben kann oder soll sie übernehmen.**

Kranke oder Behinderte Menschen können durch den Erfahrungsaustausch mit anderen Betroffenen Hilfe und Unterstützung erfahren. Daher kann die Selbsthilfe einen wichtigen Beitrag zur Gesundwerdung oder der Verarbeitung und dem Umgang mit der Krankheit leisten. Sie kann aber ohne ausreichende Finanzierung nicht zunehmend Versorgungsaufgaben zugewiesen bekommen. Die Rolle Betroffener und Angehöriger als Co-Therapeuten ist nicht ohne maßgebliche Beteiligung dieser selbst zu definieren.

**5. Sehen sie Veränderungen im Sozialrecht wie z.B. Erwerbsminderungsrente, Zuzahlungen oder Schwerbehindertenrecht vor und wenn ja welche?**

Wir Piraten setzen uns für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein, das die Ziele des „Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe“ aus unserem Parteiprogramm erfüllt. Es soll:

- die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie

- ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.

Wir wissen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Paradigmen des Sozialstaats wesentlich verändern wird. Statt mit klassischer Parteipolitik muss dessen Einführung daher mit einer breiten Beteiligung der Bürger einhergehen.

Außerdem unterstützen die Bundestagskandidatinnen und -kandidaten den Gesetzentwurf des Forums behinderter Juristinnen und Juristen, der verschiedene Änderungen des SGB IX und anderer Gesetze vorschlägt:

- Herauslösung der Teilhabeleistungen (Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege im SGB XII) aus der Sozialhilfe und Umwandlung in einkommens- und vermögensunabhängige Leistungen
- Etablierung eines Budgets für Arbeit und eines dauerhaften Minderleistungsausgleichs für Menschen, die nur unter nicht üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes arbeiten können
- Öffnung der Leistungen der Agentur für Arbeit bzw. Jobcenter auch für WfbM-Beschäftigte
- Hilfen zur Fachhochschul- und Hochschulausbildung sollen dem SGB III zugeordnet werden, d. h. auch einkommens- und vermögensunabhängig werden.
- Ein bundeseinheitliches Teilhabegeld soll die bisherigen unterschiedlichen landesrechtlichen Bestimmungen für blinde, gehörlose und pflegebedürftige Menschen weiterentwickeln.